

KRANKENHAUS info

Betriebsgruppe Klinikum Stuttgart



Tarifrunde im öffentlichen Dienst 2020

Die Bundestarifkommission öffentlicher Dienst von ver.di hat nach Beratungen in den Betrieben und den Landesbezirken die Forderungen für die aktuelle Tarifrunde beschlossen, die am 1. September 2020 in der ersten Verhandlungsrunde eingebracht wurden.

Für Alle fordern wir bei einer Laufzeit von 12 Monaten:

- die Erhöhung der **Tabellenentgelte um 4,8 %, mindestens 150 Euro**. Das heißt, alle sollen monatlich 150 € mehr bekommen (eine Steigerung bis zu 7,8 % in den unteren Entgeltstufen; sind 4,8 % mehr als 150 Euro, gelten die 4,8 %)
- die Erhöhung der **Entgelte der Auszubildenden, Studierenden und Praktikant*innen um 100 €**
- die Ausbildungsbedingungen der Studierenden in den praxisintegrierten dualen Studiengängen soll zukünftig über Tarifverträge geregelt werden.

Folgende **Erwartungen** richten sich an die kommunalen Arbeitgeberverbände und werden ebenfalls in die Verhandlungen eingebracht, ohne dass dazu die entsprechenden Tarifverträge gekündigt wurden:

- Entlastung der Beschäftigten insbesondere durch zusätzliche freie Tage
- Angleichung der wöchentlichen Arbeitszeit im Tarifgebiet Ost an die wöchentliche Arbeitszeit im Tarifgebiet West
- Verlängerung und Verbesserung der Regelungen zur Altersteilzeitarbeit
- für Auszubildende, Studierende und Praktikant*innen:
 - Verlängerung der Vorschrift zur Übernahme der Auszubildenden
 - Übernahme der Fahrtkosten in Höhe des monatlichen ÖPNV-Tickets.

Für das **Gesundheitswesen**, insbesondere für Beschäftigte in der Pflege soll ein eigener Verhandlungstisch eingerichtet werden. Die erste Verhandlungsrunde dazu findet am 18.09.2020 statt. Zu den Forderungen, die das Krankenhaus betreffen, gehört die Bezahlung der Pausen bei Wechselschichtarbeit, die, obwohl im öffentlichen Dienst üblich, den Krankenhausbeschäftigten immer noch vorenthalten wird (eine Arbeitszeitverkürzung um ca. 2,5 Stunden pro Woche) und eine Erhöhung des Samstagszuschlags von 64 Cent/Stunde auf 20 %. Weiter soll eine Pflegezulage zur Bekämpfung des Fachkräftemangels verhandelt werden. In anderen Tarifverträgen konnten die gewerkschaftlich organisierten Kolleg*innen dabei bis zu 300 Euro mehr monatlich durchsetzen. Der Verhandlungstisch ist auch noch offen dafür im Laufe der Verhandlungen weitere Forderungen zu verhandeln.

Die Arbeitgeber haben erklärt, dass die Forderungen zu teuer seien und Verschlechterungen gefordert. Dass die Kommunen anscheinend bei der Verteilung der Milliarden zum Ausgleich der Probleme mit der Corona-Pandemie zu kurz kamen, wird nicht der bestehenden Politik angelastet. Obwohl ja offensichtlich genug Geld verteilt werden kann, sollen es die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und in den Krankenhäusern ausbaden.

Zur Behebung des Fachkräftemangels würde es ausreichen, dass die Arbeitsplätze in vielen anderen Branchen immer unsicherer würden. Im Gesundheitswesen wollen sie nur in den Bereichen etwas geben, wenn sie es voll refinanziert bekommen. Dabei sollen die Krankenkassenbeiträge aber nicht steigen.

Für andere Branchen wie Sparkassen und Flughäfen fordern sie sogar Lohnkürzungen.

Das Leistungsentgelt soll aus Sicht der Arbeitgeber für andere Leistungen umgewidmet werden (z.B. Job-Rad, ÖPNV-Tickets), was aber unter dem Strich zu Lasten der Beschäftigten gehen würde.

Im Bereich Eingruppierung wollen sie für Beschäftigte in der Verwaltung die Eingruppierungsregelungen verschlechtern, um zu einer niedrigeren Zuordnung zu den Entgeltgruppen zu kommen (Veränderung der Definition Arbeitsvorgang).

Bei dieser Ausgangssituation wird deutlich: Ein akzeptables Tarifergebnis wird nicht auf dem Verhandlungsweg allein erzielt werden können. Deshalb treffen wir Vorbereitungen. Alle Beschäftigten übernehmen Verantwortung in dieser Tarifrunde und beteiligen sich als Streikleitungen, Tarifbotschafter*innen, ver.di-Mitglieder, am Informationsaustausch, an einer Fotopetition und ggf. an Warnstreiks.

Die Verhandlungen werden am **19./20. September 2020** fortgesetzt. Sollten die kommunalen Arbeitgeberverbände nicht einlenken, kann es im Anschluss zu Warnstreiks kommen.

Bei den Schlussverhandlungen vom **22. – 24. Oktober 2020** wird es sich entscheiden, ob es zu einem Abschluss, zu Schlichtungsverhandlungen oder zu einer Urabstimmung unter den ver.di-Mitgliedern kommt, ob Erzwingungsstreiks (Streiks bis zu einem akzeptablen Abschluss) durchgeführt werden sollen.

Streiktage der Auszubildenden sind keine Fehlzeiten

Ein Merkblatt zu „Hinweise Fehlzeiten“ des Landesgesundheitsamtes Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Stuttgart (Stand 16.11.2018) hatte für Verwirrung gesorgt. Dort wurde darauf hingewiesen, dass Streiktage von Auszubildenden in den Gesundheitsberufen Fehltag seien, für die nach den jeweiligen Ausbildungsgesetzen Obergrenzen gelten, um für das Examen zugelassen zu werden.

Der Personalrat des Klinikums Stuttgart hakte beim Regierungspräsidium und dem zuständigen Sozialministerium nach, da die Anrechnung von Streiktagen als Fehlzeit die Inanspruchnahme eines Grundrechts (Streikrecht) beeinträchtigt.

Nach einer ausführlichen Erörterung der Argumente hat nun das Sozialministerium pünktlich zum Beginn der Tarifrunde **offiziell erklärt, dass Streiktage nicht mehr als Fehlzeiten gerechnet werden**. So muss kein Azubi Sorge haben, dass sie/er wegen einer Streikteilnahme Probleme bei der Examenszulassung bekommt. Das Sozialministerium weist aber auch darauf hin, dass, wenn der Unterricht trotz Streiks nicht ausfällt, der an diesem Tag behandelte Unterrichtsstoff nicht nochmals unterrichtet werden muss, sondern die abwesenden Auszubildenden wie bei Krankheitstagen den versäumten Unterrichtsstoff selbstständig nachholen müssen.

Fotopetition – Wie funktioniert das?

Deine Forderung - Dein Bild!

Die Corona-Pandemie wirft auch auf die laufende Tarifrunde im öffentlichen Dienst ihren Schatten. Aber auch wenn Aktionen vor Ort in diesen Wochen nur eingeschränkt möglich sind, hindert uns das nicht, Gesicht für die mehr als berechtigten Forderungen der Beschäftigten in Bund und Kommunen zu zeigen! Unterstütze die Forderungen nach mehr Gehalt und Entlastung und werde Teil unserer Fotopetition!

So einfach geht es:

- sich selbst fotografieren – einwählen über <https://unverzichtbar.verdi.de/fotopetition> - der Beschreibung folgen
- die Kollegin/den Kollegen fragen – einwählen wie oben – rechts die Einverständniserklärung ausdrucken und ausfüllen lassen – fotografieren – der Beschreibung folgen
- als Krankenhausbeschäftigte: ein Bild – zwei Fotopetitionen (Geld/Zeit und Personal)